

**Eva-Maria u.
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Einschreiben

Frau

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB

Bundesministerin der Justiz

Mohrenstraße 37

Julius-Leber-Str. 2

33332 Gütersloh

Tel.: 05241/55803

Fax: 05241/9975313

E-Mail:

hd.base@gmx.net

Internet:

www.hansdietrich.de

10117 Berlin

24.01.2013

Offener Brief zur Vollmachtsregelung beim Deutschen Patent- und Markenamt und die damit verbundenen kriminellen Machenschaften

Sehr geehrte Frau Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger,

auf Ihrer Internetseite werden als „Kontaktdaten“ die Anschriften Ihres Bundestagsbüros in Berlin und die Ihres Wahlkreisbüros in Tutzing genannt.

Deshalb hatten wir Sie, um Sie direkt zu erreichen, am 03.08.2012 mit der Adresse Ihres Wahlkreisbüros in Tutzing per Einschreiben angeschrieben. In dem Brief hatten wir Sie in Ihrer Funktion als Bundesjustizministerin und damit Aufsichtführende über das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) gefragt, warum Rechts- und Patentanwälte sowie Erlaubnisscheininhaber keine schriftliche Vollmacht zur Ausweisung ihrer Vertretung beim DPMA vorweisen müssen.

Welche Folgen diese wohl einmalige Vollmachtsregelung bei entsprechender krimineller Energie von Patentanwälten und Patentamt für **alle** Patentanmelder haben kann, das wird in unserer Angelegenheit, die Ihnen bekannt ist, sichtbar.

Da wir keine Antwort auf unsere Frage erhielten, hatten wir Sie am 03.09.2012 mit einem als Einschreiben deklarierten Offenen Brief und der Adresse Ihres Büros in Berlin nochmals angeschrieben. Den Offenen Brief haben wir auf unserer Homepage www.hansdietrich.de unter „aktuelles“ am 04.09.2012 veröffentlicht. Das Einschreiben befindet sich laut „Sendungsverfolgung“ der Deutschen Post AG auch heute noch in der Zustellung. Die Recherche der Post AG über die Auslieferung verlief dazu ergebnislos. Die Post AG geht von einem Verlust des Einschreibens aus und hat uns die Gebühren erstattet.

Aufgrund dieser Tatsache hatten wir am 22.10.2012 Ihrem FDP-Schatzmeister und Fraktionskollegen, Herrn Fricke, den Offenen Brief per Einschreiben zugesandt und um

Überreichung gebeten. Herr Fricke hatte sich im „abgeordnetenwatch“ zwar grundsätzlich für die UN-Konvention gegen Korruption ausgesprochen, jedoch bei der Umsetzung Probleme gesehen. Unserer Bitte nach Überreichung des Schreibens kam er nicht nach. Sein persönlicher Referent, Herr Kögler, hatte nach eigener Aussage das Schreiben an Ihr Berliner Büro weitergeleitet.

Doch auch Ihr dortiger wissenschaftlicher Mitarbeiter, Herr Hillmann, sah keine Veranlassung, Ihnen den über Herrn Fricke erhaltenen Brief vom 03.09.2012 direkt zu überreichen. Er hatte laut seiner E-Mail vom 30.11.2012 das Schreiben an Ihr Ministerium weitergegeben. Wir gehen nun davon aus, dass Sie seit diesem Tag Kenntnis von dem Inhalt des Offenen Briefes und unserer Frage zur Vollmachtsregelung beim DPMA haben. Eine Antwort haben wir jedoch bis heute nicht erhalten.

Für Transparency International gehört die von uns aufgezeigte Problematik zu den „Einfallstoren der Korruption“. Nach der Redewendung, dass keine Antwort auch eine Antwort ist, müssen wir davon ausgehen, dass Ihrer- und damit staatlicherseits bislang kein Interesse besteht, dieses „Einfallstor“ zu schließen.

Transparency International hat es unter „Hinweise auf Korruption“ auf den Punkt gebracht und schreibt:

„... doch nicht minder schlimm und in seiner Tragweite kaum abzuschätzen ist der Vertrauensverlust in die Integrität und Funktionalität des Staates, seiner Repräsentanten und der Wirtschaft. Das ganze rechtsstaatliche Gefüge droht, seine Glaubwürdigkeit zu verlieren.“

Diese Aussage trifft in vollem Umfang auf die bisherige Untätigkeit in unserer beschriebenen Angelegenheit zu.

Auch die 37 Unternehmen, die die Bundestagsabgeordneten in einem Schreiben zur Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption aufgefordert haben, teilen schließlich die o.g. Befürchtung. Ebenso wie die mehrere zehntausend BürgerInnen, die, wie wir, die dazu von „abgeordnetenwatch“ eingebrachte Petition unterschrieben haben.

Wir warten daher immer noch auf eine Antwort, die eines Rechtsstaates würdig ist und ebenso auf eine rechtsstaatliche Behandlung der mit der Vollmachtsregelung verbundenen kriminellen Machenschaften.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Eva – Maria Dietrich

Hans Dietrich

P.S.: Eine Veröffentlichung dieses Offenen Briefes erfolgt zur Information anderer auf unserer Homepage www.hansdietrich.de unter „aktuelles“.